



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2018/2021
13. Sitzung	Donnerstag, 11. März 2021 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Daniel Jenni, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmzähler	Sandra Hehli André Tinner
Anwesend	35 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Thomas Zumsteg, Gemeindeschreiber
Entschuldigt	Nadine Meir Volkmar Hauelsen Stefan Semela Rolf Bachmann Micha Jetzer
Ende der Sitzung	21.21 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2020/01	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	3
2	2021/02	Ersatzwahl 2 Mitglieder Wahlbüro (Rücktritt Marc Schmid und Jacqueline Spinnler)	7
3		Kreditabrechnungen	8
	2017/14	Sanierung Oberboden-/Ackerstrasse (Strasse, Wasser und Abwasser)	
	2018/18	Sanierung Rankstrasse (Strasse und Wasser)	
4	2019/08	Postulat Carol Demarmels, SP, Verkehrstechnischer Bericht, Überprüfung Schulwegsicherheit	8
5	2017/33	Postulat Christian Keller / öffentliche Nutzungsrechte Schulstrasse (Genehmigung Reglement / Abschreibung) / Beantwortung	10
6	2016/23	Postulat Anna-Katharina Hess: Bau- und Gestaltungsrichtlinien Dorfzone Tromsberg / Beantwortung	11
7	2020/26	Postulat SP-Fraktion: Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)	12

8	2021/03	Postulat Peter Marten, FDP: Massnahmenplan Schuldenabbau Einwohnergemeinde Obersiggenthal ab 2025. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.	14
9	2021/04	Motion FDP-Fraktion: Schaffung einer regionalen, überkommunalen Trägerschaft für das HGB Obersiggenthal	14
10	2021/06	Umfrage	17

Daniel Jenni, Präsident: Ich eröffne offiziell die 16. Einwohnerratssitzung der laufenden Legislatur 2018/2021. Die Unterlagen wurden rechtzeitig zugestellt. Es herrscht allgemeine Maskenpflicht und der Mindestabstand sollte eingehalten werden. Wir haben im Voraus abgeklärt, falls irgendjemand hier positiv getestet wird, dann gibt es keine Quarantäne, weil wir alle Regeln einhalten. Weil der Saal gross ist, hören wir nicht alle am Platz, deshalb haben wir 8 Mikrofone verteilt. Wenn Ihr also Wortmeldungen habt, dann müsst Ihr zum Mikrofon.

1 2021/01 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Zum Formellen: Folgende Personen haben sich entschuldigt: Nadine Meier, Volkmar Hauelsen, Stefan Semela, Rolf Bachmann und Micha Jetzer. Robert Wyss und André Kummer werden zu einem späteren Zeitpunkt zu uns stossen. Da Nadine Meier, unsere Stimmzählerin, nicht anwesend ist, wird André Tinner die Stimmen zählen. Ich hoffe, Ihr seid alle damit einverstanden und sonst dürft Ihr aufstehen und zum Mikrofon gehen. Aber ich denke das ist ok so.

Nach Ablauf der ungenutzten Referendumsfrist sind am 12. Oktober 2020 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrats vom 3. September 2020 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Rechnung 2019, Genehmigung Rechenschaftsbericht 2019, Genehmigung Gemeindevertrag betreffend Fusion Bevölkerungsschutz Regionen Baden und Wasserschloss.

Nach Ablauf der ungenutzten Referendumsfrist sind am 2. November 2020 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrats vom 23. September 2020 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Verpflichtungskredit CHF 597'000 für das IT-Konzept von der Schule, Genehmigung Verpflichtungskredit für eine neue Funkinfrastruktur von der Feuerwehr.

Zu den **Mitteilungen: Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann:** Wie Sie der Presse entnehmen konnten, hat der Gemeinderat an den Regierungsrat ein Schreiben geschickt, mit dem Inhalt, dass die Gemeinden beteiligt werden sollen an den zusätzlichen Ausschüttungen der Nationalbank. Ausserdem sind wir der Meinung, dass die Gemeinden zur Hälfte an der Ausschüttungen der Kantonalbank beteiligt werden sollen. Das ist in anderen Kantonen bereits Praxis und wir sehen nicht ein, warum der Kanton Aargau anders sein sollte. Wenn dazu die gesetzlichen Grundlagen fehlen, dann sind wir der Meinung, dass diese Zeitnah zu schaffen sind.

Die Parteien haben alle ein Schreiben und einen Gemeinderatsentscheid erhalten, mit der Bitte sich an der Entwicklung eines neuen Leitbilds Standortqualität zu beteiligen und uns ihre Ideen mit zu teilen. Der Hintergrund ist nicht irgendwie die Entwicklung von neuen Legislaturzielen, sondern es geht um die Entwicklung einer gemeinsamen Vision für die Zukunft von der Gemeinde Obersiggenthal, mit dem Ziel Horizont 2035. Die Frage ist, wohin sich die Gemeinde entwickeln soll; wo sie ihre Schwerpunkte setzen soll und daraus wird abgeleitet mit welchen Massnahmen das Zielbild erreicht werden kann. Das Leitbild soll Grundlage für die weiteren Schritte sein, welches schliesslich in die Revision von der bestehenden BNO münden soll. Mit dem angestrebten Leitbild Standortqualität bewegen wir uns aktuell auf sehr hoher Flughöhe. Es geht also nicht darum konkret zu sagen, wo die Spielplätze sein sollten, sondern man soll Aussagen machen, wie z.B. in diesem Zusammenhang in Bezug auf Begegnungsorte oder Aufenthaltsqualität, die man gerne umsetzen möchte in unserer Gemeinde. Weitere Schritte führen dazu, dass Granularität immer tiefer wird und am Schluss führt es zu einer Revision der BNO. Wir erwarten, mit den Ideen nicht bereits ein fertig ausgearbeitetes Leitbild, sondern wir sind erst am Abholen von Ideen von Ihren Visionen. Das eigentliche Leitbild soll dann unter der Federführung der Gemeinderäte entwickelt werden.

Wie Sie der Presse entnehmen konnten, sollen im März oder April im Grossrat Beratungen über die Oase stattfinden. Dabei sollen nur Massnahmen im Raum Brugg ein Richtplan festgesetzt werden. Die Infrastrukturen im Raum Baden, sollen überarbeitet und noch nicht festgesetzt werden. Der Gemeinderat war mehrfach mit dem Kanton in Kontakt und hat Gespräche ge-

führt. Der Kanton hat zugesagt, dass die betroffenen Gemeinden im kommenden Planungsprozess eingebunden werden.

Dann habe ich eine Mitteilung zum ehemaligen Steueramtsvorsteher: Die Diskussionen betreffend Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind jetzt definitiv beendet. Das Urteil ist rechtskräftig. Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses ist rechtens. Auch unter dem Aspekt, dass Mitarbeitende mit langer Betriebszugehörigkeit und mit einem gewissen Lebensalter, erhöhten Schutz geniessen. Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses ist allerdings im öffentlichen Personalrecht an Formvorschriften geknüpft. Bei der konkreten Abwicklung vor zwei Jahren ist ein Formfehler passiert, so dass die Gemeinde neben der regulären Lohnforderung ein Betrag in der Höhe von zwei Monatsgehältern zahlen muss.

Dann haben ferner Mitwirkungsverfahren stattgefunden und zwar im Schild Ost. Dort hat der Gemeinderat die Eingaben gesichtet. Zusammen mit den Entwicklern und den involvierten Planungsbüros sind wir jetzt dran, den Teilgestaltungsplan, Sondernutzungsbestimmungen und den Planungsbericht in einzelnen Bereichen anzupassen und einen Mitwirkungsbericht zu erstellen. Vom Kanton erwarten wir den abschliessenden Vorprüfungsbericht bevor der Gemeinderat über Planunterlagen entscheidet und das Auflageverfahren starten kann. Ausserdem sind wir dabei einen öffentlich-rechtlichen Vertrag für die Sicherung für Durchgangs- und Nutzungsrechte auf dem Areal für die Öffentlichkeit zu verhandeln. Dann haben wir auch in der Au in Rieden ein Mitwirkungsverfahren gehabt. Da erfolgten einige Eingaben. Diese werden wir anschauen und prüfen. Parallel dazu bereitet die Gemeinde ein Gesuch an den Kanton vor, um auf der Austrasse Tempo 20 zu beantragen. Dann haben wir noch das Schulhaus Goldiland: Planungsarbeiten sind im Gange. Das Baugesuch ist eingereicht. Es ist eine Einsprache eingegangen.

Wir kommen zu den Öffnungszeiten. Wie Sie in der Presse entnehmen konnten oder vielleicht schon selber gemerkt haben, sind die Öffnungszeiten von der Gemeinde angepasst worden. Ich möchte Ihnen gerne die Grundlagen für den Entscheid aufzeigen. Und zwar ist der Ausgangspunkt die Überlegung vom Gemeinderat gewesen, wie kann er die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden am besten berücksichtigen und gleichzeitig die vorhandenen personellen Ressourcen zweckmässig einteilen. Aus dem Grund sind im November 2020 Kundenkontakte erhoben worden. Und zwar sind die Kundenkontakte in Form von Telefonanrufen und Schalterbesuchen. Es ist tatsächlich so, dass in dieser Zeit die Gemeindeverwaltung frei zugänglich war. Allerdings hat es zeitgleich die Empfehlung vom Bund gegeben, die persönlichen Kontakte zu reduzieren. Damit wir trotzdem aussagekräftige Daten bekommen, haben wir nicht nur die persönlichen Schalterbesuche, sondern auch die Telefonanrufe erfasst. Wir haben die Frequenzen ausgewertet und aufgeteilt. Da sehen wir, wie die Verteilung konkret ausgesehen hat. Man sieht die Gesamtsummen pro Tag und man sieht die Verteilung auf einen Halbtage. Nicht erstaunlich ist, dass man auf den ersten Blick am Dienstagnachmittag am meisten Kundenfrequenzen zu verzeichnen hat. Jetzt würden wir hier eigentlich davon ausgehen, dass das mit den verlängerten Öffnungszeiten zu tun hat, aber wir haben eine weitere Auswertung gemacht. Da sieht man zusammen genommen alle Tage, wie sich die Kundenfrequenzen verteilen. Sehr erstaunlich für uns war, dass in der Zeit von 14.00-15.00 Uhr, deutlich am meisten Besuche oder Anrufe stattfinden im Gemeindehaus. Dem gegenüber sehen wir ganz oben in der Zeit von 17.00-18.30 Uhr, dass es Besuche oder Telefonanrufe hat, aber es sind sehr wenige. Dann sehen wir ein Vergleich der Zahlen aus dem Jahr 2016. Und zwar haben wir im Jahr 2016 ebenfalls die Zahlen erhoben von den Telefonanrufen und Schalterbesuchen. Allerdings nur vom Freitagnachmittag, weil man damals sich überlegt hat die Verwaltung am Freitagnachmittag zu schliessen. Wenn wir jetzt hier die Zahlen von 2016 mit 2020 vergleichen, sieht man eine Abnahme um 34 %. Wenn wir jetzt gleichzeitig die archivierten E-Mails anschauen, es ist so, dass die E-Mails automatisch archiviert werden. Dann sehen wir hier, dass die Zahl von 2016 nur halb so hoch ist wie im Jahr 2020. Was heisst das jetzt? Wenn wir das so sehen, dann kann man ein Schluss ziehen. Wir sind zum Schluss gekommen: Es braucht weniger Kontakt-Stunden, sei es per Telefon oder per Schalter und dafür mehr Zeit um den Schriftverkehr konzentriert zu bearbeiten. Es ist ja nicht so, dass nur abgebaut wurde, sondern wir haben ja jetzt die Gemeindeverwaltung eine halbe Stunde früher offen am Nachmittag. Neu ist die Gemeindeverwaltung bereits ab 13.30 Uhr offen. Das scheint uns gut,

weil ja die höchste Frequenzzahl gerade nach dem Mittag ist. Ausserdem haben wir uns entschieden, den langen Dienstag um eine halbe Stunde zu kürzen. Das fördert die Attraktivität von der Gemeinde als Arbeitgeber und heisst aber nicht, dass man in dieser Zeit nicht zur Gemeinde kommen kann. Ganz wichtig ist, dass das Angebot weiterhin besteht, dass man auch ausserhalb der Öffnungszeiten einen Termin vereinbaren kann. Es ist also weiterhin möglich am Dienstag- oder Donnerstagvormittag in der Gemeinde einen Termin zu machen. Das gleiche gilt auch am Morgen bevor die Schalter öffnen oder am Abend nach dem sie schliessen. Selbstverständlich gibt es auch da Einschränkungen. Ich erwarte jetzt nicht, dass am Abend um 22.00 Uhr noch etwas vorgenommen wird. Wenn wir jetzt die Öffnungszeiten mit den anderen Gemeinden vergleichen, wenn wir vor allem die Gemeinden mit gleicher Grösse anschauen, befinden wir uns mit den Öffnungszeiten im Mittelfeld. Die meisten anderen Gemeinden haben ein Modell, in welchem die Verwaltung halbtagesweise geschlossen ist. Und als weiteres Beispiel möchte ich noch Baden anfügen. Baden hat z.B. vier Stunden weniger lang den Schalter geöffnet als wir heute.

Wie Sie aus der Presse auch entnehmen konnten, haben wir eine Befragung der Mitarbeitenden der Zufriedenheit durchgeführt. Im November vom letzten Jahr hatten die Mitarbeiter die Möglichkeit, ihr Feedback in einem standardisierten Fragebogen zu der Zufriedenheit abzugeben. Die Umfrage wurde anonymisiert durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind. Auf dem ersten Bild sehen wir den Vergleich zwischen den Ergebnissen von einer Befragung aus dem Jahr 2015, das ist die blaue Kurve. Die vom November ist die schwarze Kurve. Da sieht man, dass man deutliche Verbesserungen ausweisen kann und zwar besonders in zwei Punkten. Zum einen in der Informationspolitik und Mitarbeiterbeteiligung, zum anderen im Betriebsklima. Insgesamt sind wir in 8 von 10 abgefragten Punkten besser geworden. Dann haben wir noch den Benchmark. Der Benchmark ist der Durchschnitt von Unternehmungen, welche ebenfalls im gleichen Bereich tätig sind. Also z.B. öffentliche Verwaltung, Versicherungen. Im Vergleich zum Benchmark sind wir in 8 von 10 Punkten besser. In den anderen 2 Punkten sind die Abweichungen nicht sehr gross. Ich möchte noch einen kleinen Hinweis machen. Das Kästchen ist nicht repräsentativ, weil wir differenziert haben zwischen Geschäftsleitung und Gemeinderat. Das ist so nicht im Schema X vorgesehen. Weil die Ergebnisse in einzelnen Detailfragen nicht unbedingt selbsterklärend sind und gewisse Fragen aufwerfen, sind wir jetzt dabei Gruppeninterviews mit den Mitarbeiterinnen zu führen. Die führen nicht wir, sondern die Conaptis. Das ist die Gesellschaft, die es für uns macht. Wir möchten damit herausfinden, wie wir die guten Ergebnisse möglichst halten können, wie wir Personalkontinuität verbessern können oder wie wir auch sonst generell die Zufriedenheit weiter verbessern können. Auch möchten wir geklärt haben, in wie fern die Situation rund um Corona die Antworten zum Teil auch beeinflusst haben.

Dann finden Sie auf Ihren Tischen eine Motion von Prof. em Dr. Hans-Jakob Lüthi betreffend Veloquerung. Die Motion wird vom Gemeinderat als Anfrage entgegengenommen. Gemäss § 8 von der Gemeindeordnung können Motionen von den Einwohnern nur Gegenstände erfassen, welche in die Zuständigkeit von der Gesamtheit von den Stimmberechtigten oder vom Einwohnerrat fallen. Jetzt ist es aber so, dass Vorstösse bei einem kantonalen Departement nicht in diese Zuständigkeit gehören, sondern diese sind Sachen vom Gemeinderat und von der Verwaltung. Wir haben mit Prof. em Dr. Lüthi Kontakt aufgenommen und Prof. em Dr. Lüthi ist damit einverstanden, dass seine Motion als Anfrage behandelt wird.

Daniel Jenni: Ich habe die Motion nicht, die habt ihr nicht verteilt. Aber diese Motion ist abgelegt. Wir haben noch weitere Mitteilungen.

Peter Stucki, Gemeinderat: Da wir uns schon lange nicht mehr gesehen haben, habe ich auch 3 Mitteilungen. Information zum HGB: Die Ergebnisse von den Betonuntersuchungen an der Aussenanlage werden demnächst vorliegen. Falls nötig, wird eine Spriessung veranlasst. Es werden weiter provisorische Absturzsicherungen in Form von Maschendrahtzäunen oder Schaltafeln installiert. Damit kann die Gartensaison normal Anfangs/Mitte Mai, je nach Witterung und Pandemie Zustände eröffnet werden. In diesem Jahr soll das Bauprojekt für die Sanierung von der ganzen Anlage ausgearbeitet werden. Dafür werden Fachplaner für die Statik, Haustechnik, Bauphysik, Akustik, Brandschutz, Licht, Signaletik und für das behindertenge-

rechte Bauen gebraucht. Dazu finden in den nächsten Wochen die Fachplaner-Submissionen statt. Das Ziel ist, dass Ende Jahr ein fertiges Bauprojekt vorliegt.

Sanierung Hertensteinstrasse: Die Bautätigkeiten haben in diesem Jahr witterungsbedingt mit rund 2 Wochen Verspätung wieder aufgenommen werden können. Nach heutigem Wissensstand, wird die Verzögerung auf die Bauzeit keinen Einfluss haben. Die Sanierung sollte im September 2021 abgeschlossen werden können. Im Moment liegt ein Schwerpunkt bei der Erstellung vom neuen Knoten Hertenstein-/Freienwilerstrasse. Für die Ausführung von diesen Bautätigkeiten wird die Verbindungsstrasse nach Ennetbaden für rund 3 Monaten für den Strassenverkehr gesperrt. Der Langsamverkehr kann über die Rad- und Fussgängerwege beim alten Milchhüsli an der Baustelle vorbei geleitet werden. Es sieht so aus, als wäre die Ausfahrt Oberer Reben zu steil. Es hat dazu Reklamationen gegeben. Mit Lichtmessungen werden jetzt Versuche durchgeführt und nach einer Lösung gesucht. Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Werkeigentümer und dem Kanton läuft bis jetzt sehr konstruktiv und lösungsorientiert.

SCS Sportclub Siggenthal: Mit dem SCS, welcher unter neuer Leitung steht, haben wir im letzten Sommer gute Vereinbarungen wegen dem Harz in der Sporthalle treffen können. Die Gemeinde stellt die Reinigungsmittel und einen Hauswart zur Verfügung, während der SCS das Putzen mit den eigenen Handballer ausführt. Diese Praxis ist in vielen Hallen in der Schweiz, in welchen mit Harz Handball gespielt wird, üblich. Der Gemeinde entstehen durch diese Lösung kaum grössere Aufwendungen als für eine normale Reinigung. Die Beobachtungszeit für das Funktionieren von dieser Lösung ist, wegen der Pandemie, etwas kurz, trotzdem haben wir feststellen können, dass die Vereinbarung gelebt und eingehalten wird.

Christian Keller, Gemeinderat: Ich darf euch heute erste Informationen über die Ablösung der Schulpflege, durch neue Führungsstrukturen in unserer Schule, geben. Wie Ihr wisst, hat Ende September der Kanton Aargau souverän die Abschaffung der Schulpflege recht deutlich beschlossen. Auch in unserer Gemeinde ist das so. Schon vor den Sommerferien hat der Gemeinderat vorausschauend beschlossen, dass wir eine Arbeitsgruppe einsetzen, die sich mit dieser Frage auseinandersetzt. In dieser Arbeitsgruppe sind mit dabei; Bruno Glettig, als Gesamtschulleiter, Jacqueline Schmid, als Präsidentin Schulpflege und eine ehemalige Lehrkraft von unserer Bezirksschule und ich, als Ressortverantwortlicher für die Schule. In der Zwischenzeit hat die Arbeitsgruppe gearbeitet und neue Vorschläge ausgearbeitet. Es hat zwei Treffen mit dem Gesamtgemeinderat gegeben, wo man diese auf den Tisch gebracht und diskutiert hat. Das Ergebnis soweit ist, dass wir einen Lösungsvorschlag haben, welcher jetzt noch bereinigt wird. Da geht es vor allem um die drei Themen; Delegation von Entscheidungen von dem Schulbereich, es geht um die Frage wie die Ressourcierung gehandhabt werden soll und es geht um die Frage soll eine dauernde Schulkommission eingesetzt werden. Wie gesagt, das ist ein Prozess, welcher noch im Gange ist. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir noch keine inhaltlichen Aussagen machen. Ich kann euch aber sagen, dass wir auf Kurs sind und Ende Mai in der Einwohnerratssitzung und Anfangs Juni in den Medien informieren.

Daniel Jenni: Ich habe noch eine Mitteilung betreffen Denise Hunziker. Denise Hunziker gibt ihren Rücktritt bekannt, per nach dieser Sitzung. Ich gebe ihr gerne das Wort.

Denise Hunziker: Das letzte Jahr hat mich beruflich stark gefordert. Der Corona-Virus hat die Pflegebetriebe sehr hoch beansprucht und das Personal war permanent im Einsatz. Oft hat es für mich bedeutet auch ungewohnt stark körperliche und emotionale Belastung durch zu stehen. Diese intensive Zeit hat mich dazu gezwungen, grundlegende Entscheidungen zu treffen oder anders ausgedrückt, ich muss auf die Bremse stehen. Für mich ist jetzt der Moment gekommen, mir wieder mehr Zeit für Familie, Freizeit aber besonders für meine drei Kinder zu nehmen. Da leider der Corona-Virus nicht wie gewünscht am 22. März verschwindet, sondern uns sicherlich noch eine Weile beansprucht, habe ich mich entschlossen von allen nebenberufliche Funktionen zurück zu treten. Diese Entscheidung trifft leider auch den Einwohnerrat. Nach knapp 16 Jahren diesen Schritt zu machen, fällt mir nicht leicht. Es sind viele spannende und interessante Jahre gewesen mit unzähligen Diskussionen, die ich vermissen werde. Doch ich freue mich auch mehr Zeit für Privates, Familie und Freizeit zu haben. Ich

wünsche dem Rat für die Zukunft viele spannenden Geschäfte zur Behandlung, ebenso gute und sachliche Diskussionen innerhalb aber auch ausserhalb vom Rat. Gerne hätte ich euch nach der Sitzung zum gemütlichen Ausklang eingeladen, leider macht auch da Corona uns einen Strich durch die Rechnung. Ich freue mich aber, wenn ich ein paar von euch in Zukunft im Dorf wieder treffen werde und ein gutes Gespräch mit euch führen darf. Danke vielmals.

Daniel Jenni: Wir danken im Namen vom Einwohnerrat und Gemeinderat für deinen langen Einsatz. Wir verstehen das. Es ist alles ein wenig anders in den letzten paar Monaten und wir wünschen dir viel Glück auch im Privaten und Beruflichen.

Zu den Neueingängen: Motion Klima- und Energie-Charta: Der Gemeinderat ratifiziert den Klima- und Energie-Charta des Klimabündnisses Schweiz, das eingereicht wurde von Sonja Scherer von den Grünen. Die zweite Motion kommt von der SVP-Fraktion betreffend „Erstellung einer Immobilienstrategie für die gemeindeeigenen Liegenschaften der Einwohnergemeinde und einer kritischen Beurteilung der vorhandenen Landparzellen in Bezug auf Nachhaltigkeit und Notwendigkeit“.

Zum **Protokoll** des Einwohnerrates vom 3. September 2020 ist folgende Korrektur eingegangen:

Seite 19, Zeile 16

Erich Schmid

„Nette sprechen wir von CHF 2 oder CHF 3 Mio. und nicht von CHF 9 Mio.“.

Korrekt wäre:

„Netto sprechen wir von CHF 2 oder CHF 3 Mio. und nicht von CHF 9 Mio.“.

Zum **Protokoll** des Einwohnerrates vom 23. September 2020 sind folgende Korrekturen eingegangen:

Seite 7

Christoph Kratzer

„Das ist wirklich nur eine grobe Schätzung. Die haben wir am Schluss diese erbittert. Wie haben wir diese erbittert?“

Korrekt wäre:

„Das ist wirklich nur eine grobe Schätzung. Die haben wir am Schluss diesen ermittelt. Wie haben wir diese ermittelt?“

Seite 20

Erich Schmid

„Marc hat da einige Punkte aufgelistet, welche nicht un-bedingt Zuversicht wachsen lässt“.

Korrekt wäre:

„Peter Marten hat da einige Punkte aufgelistet, welche nicht un-bedingt Zuversicht wachsen lässt“.

2 2021/02 Ersatzwahl 2 Mitglieder Wahlbüro (Rücktritt Marc Schmid und Jacqueline Spinnler)

Daniel Jenni: Zur Wahl angemeldet sind zwei Ersatzmitglieder: Dario Meier, CVP-Fraktion und Kim Grab, SVP-Fraktion. Gibt es noch weitere Kandidaten? Wenn das nicht der Fall ist, können wir offen abstimmen.

Wahl von zwei Mitgliedern des Wahlbüros:
Dario Meier und Kim Grab wurden jeweils einstimmig gewählt.

Daniel Jenni: Die Ersatzwahl für die Ersatzwahlmitglieder findet an der Einwohnerratssitzung vom 27. Mai 2021 statt.

3		Kreditabrechnung
	2017/14	Sanierung Oberboden-/Ackerstrasse (Strasse, Wasser und Abwasser)
	2018/18	Sanierung Rankstrasse (Strasse und Wasser)

Eintreten nicht bestritten

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

a)Sanierung Rankstrasse(Strasse)	CHF 111'661.45
b)Sanierung Rankstrasse(Wasser)	CHF 41'398.45
c)Sanierung Oberboden-/Ackerstrasse(Wasser)	CHF 235'233.10
d)Sanierung Oberboden-/Ackerstrasse (Strasse)	CHF 134'144.35
e)Sanierung Oberboden-/Ackerstrasse (Kanalisation)	CHF 1'713.30

Die Kreditabrechnungen werden einstimmig genehmigt.

4	2019/08	Postulat Carol Demarmels, SP, Verkehrstechnischer Bericht, Überprüfung Schulwegsicherheit
----------	----------------	--

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Nach dem der Einwohnerrat an der Sitzung vom 14. März 2019 das Postulat von Carol Demarmels an den Gemeinderat überwiesen hat, hat der Gemeinderat die Verkehrskommission beauftragt, das Geschäft zu begleiten. Für den Bericht wurde ein Betrag in das Budget gestellt. Die Postulantin hat in ihrem Postulat gewisse Anforderungen für den Bericht formuliert. Neben der systematischen Analyse der Schulwege, sollen zusätzliche Anliegen wie z.B. die Zumutbarkeit von den Schulwegen abgefragt werden. Bereits im Zeitpunkt von der Überweisung dieses Postulats ist der Gemeinderat mit einem Antrag im Zusammenhang mit der Zumutbarkeit von den Schulwegen, konfrontiert gewesen. So ist beschlossen worden, dass der Auftrag sich auch dazu äussern soll, im Bericht. Die Gemeinde hat vier Anbieter für die Erstellung vom Bericht angefragt. Zwei haben von vornherein abgelehnt. Am Schluss sind eben noch zwei Anbieter vorhanden gewesen und die Verkehrskommission hat den Auftrag an Swisstraffics AG erteilt, infolge von den Kosten, von den Referenzen und von dem geforderten Leistungsumfang. Der erstellte Bericht bietet einen guten Überblick, über die Schwachstellen und über die Zumutbarkeit von Schulwegen. Der Bericht ist der Verkehrskommission zur Stellungnahme unterbreitet worden und liegt bei den Akten. Wie geht es jetzt weiter? Betreffend Zumutbarkeit von Schulwegen wird aktuell ein sehr pragmatischer Ansatz gefahren. Betreffend Schulwegsicherheit ist die Verwaltung jetzt dran, einen Massnahmenplan für die Umsetzung der empfohlenen Massnahmen zu erstellen. Einfache kostengünstige Massnahmen, wie zurückschneiden der Sträucher auf gemeindeeigenen Grundstücken, werden selbstverständlich im Rahmen vom normalen Unterhaltsarbeiten um-

gesetzt. Andere Massnahmen, die kostenträchtiger sind, werden korrekt geplant und entweder im Budget vorgesehen oder als separates Projekt ausgeführt. Wenn der Kanton oder private Grundeigentümer betroffen sind, können die Massnahmen nur in Absprache und koordiniert erfolgen. Einzelne Situationen wie z.B. Trotte Kirchdorf oder im Bereich der Welschmattstrasse, sind jetzt bereits bei der Verkehrskommission platziert. Der Gemeinderat beantragt an den Einwohnerrat den Bericht zu genehmigen und das Postulat als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.

Carol Demarmel: Mit grossem Interesse haben wir den Bericht studiert. Der Bericht eruiert Schwachstellen bei gewissen Schulwegen, zeigt Optimierungen auf welche erfreulich oft kostengünstig umgesetzt werden können. Der Plan des Gemeinderates, kostenintensivere Optimierungen nach Wirksamkeit zu priorisieren und schrittweise zu realisieren, begrüssen wir sehr. Auch das zusätzlich die Zumutbarkeit der Schulwege, insbesondere auch betreffend der Schulweglänge analysiert wurden – und die Gemeinde damit eine Grundlage zu dieser Thematik zur Verfügung steht, ist sehr erfreulich. Einen einzigen Punkt möchte ich aber noch hervorheben: eine der Motivationsgrundlagen des Postulates war ursprünglich die Verkehrssituation bei der alten Trotte in Kirchdorf, welche bereits mehrfach zu Interventionen und zu grosser Unzufriedenheit geführt hat, im Bericht nun aber nicht thematisiert wird. Im Bericht wird die entsprechende Kreuzung gemessen an der Norm 25m Sichtweise ab Knotenpunkt auf der Strasse – nicht aber aus Sicht Strassenüberquerung ab dem Vorplatz. Ich habe mir erlaubt bei Herrn Baumann, dem Verfasser des Berichts, nachzufragen und er hat sich diese die Stelle nochmals angesehen. Laut Aussage von Herr Baumann wurde diese explizite Stelle aus Sicht Fussgängerinnen, wohl zu wenig Rechnung getragen im Bericht. Er erklärte, dass ich diese Aussage von ihm, hier so wiedergeben darf. Deshalb meine Bitte an die Verkehrskommission, diesen Punkt bei den weiteren Diskussionen nochmals besondere Beachtung zu schenken. Insgesamt aber ein grosses Dankeschön an alle Mitwirkenden – dem Gemeinderat, der Abteilung Bau und Planung, die Verkehrskommission und auch den Verfassern von Swisstraffic für die effiziente, zeitnahe Umsetzung des Postulates und diesen umfassenden Bericht.

Markus Renggli: Die CVP-Fraktion hat den Bericht auch intensiv angeschaut, auch bis ins Detail zum Teil. Wir sind weitgehend, der gleichen Meinung wie meiner Vorrednerin, dass der Bericht eigentlich den Auftrag, so wie er formuliert wurde, abdeckt. Was fehlt, aber natürlich sehr wesentlich ist, ist die Problematik Elterntaxi. Dann das zweite, was passiert in Zukunft wenn das Schulhaus Goldiland realisiert wird und dort weitere Lehrpersonen zu- und wegfahren und wiederum die Elterntaxis auch. Diese Situation ist in diesem Bericht nicht angeschaut worden, der Blick in die Zukunft. Dann hat es zum Teil bei der IST-Situation absurde Sachen darin. Wenn wir ins Detail gehen, hat es das Verkehrsrisiko bei parkierten Autos, wo nie je ein Kind durchlaufen wird um in die Schule zu gehen. Sprich bei uns in der Hirschengasse oben, z.B. sind zum Teil halt bei Ortsunkundigen, Eingänge in den Bericht gekommen. Dann die Situation in der Trotte. Die Idee mit dem Spiegel ist so viel ich gehört habe, noch nie in Diskussion gewesen. Wir haben ja von der Vereinigung Kirchdorf x-mal schon die Trotte Situation angeschaut. Wir haben Begehungen gemacht mit dem Gemeinderat und mit der Verkehrskommission. Immer ist man zum Schluss gekommen, dass der gemischte Verkehr so wie er jetzt stattfindet, die Mischung zwischen Schülern, Auto, motorisierten Verkehr und Velo, das ist das was am sichersten ist. Wenn man gelbe Streifen am Rand macht oder getrennte Verkehrswege macht, würde die Sicherheit leiden. Das ist die Meinung von den Experten gewesen. Das ist auch jetzt so. Wenn man zu den Stosszeiten dort durchfährt, sind dort immer Velos, die man sieht. Da bremst man ab. Die gefährlichsten Situationen sind immer eigentlich morgens früh, wenn keine Kinder unterwegs sind und die Handwerker nach oben rasen. Das ist wahrscheinlich das höchste Risiko. Aber insgesamt haben wir den Bericht so zur Kenntnis genommen und denken, dass der Gemeinderat die richtigen Konsequenzen daraus ziehen wird. Zu meiner persönlichen Meinung betreffend der Zumutbarkeit. Dort habe ich natürlich als Kinderarzt und Sportmediziner eine andere Wahrnehmung, was zumutbar ist für die Kinder. Weder die BFU Normen oder die Radien, auch das ist relativ realitätsfremd. Und auch die Kinder mögen viel mehr leisten und körperlich sich bewegen, als von der Expertenseite her, sie zumuten. Danke.

Daniel Jenni: Wir sind jetzt 35 im Einwohnerrat. Das absolute Mehr bleibt bei 18 Personen. Gibt es noch Votum?

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Bericht des Gemeinderates betreffend Postulat von Carol Demarmels sei zu genehmigen. Das Postulat ist als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

5 2017/33 Postulat Christian Keller / Publikation der öffentlichen Nutzungsrechte Schulstrasse (Genehmigung Reglement/Abschreibung)

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: An der Einwohnerratssitzung vom 14. März 2019 hat der Gemeinderat bereits ein Bericht zu diesem Postulat erstattet. Der Bericht wurde auch an der Sitzung genehmigt. Aktuell geht es nur noch darum das Postulat als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben. In den Voten zu diesem Geschäft wurde damals vorgebracht, dass das Nutzungsreglement, das Grundrecht einschränke, dass die geschlossenen Verträge mehr herausgeholt werden müssen und dass das Reglement von der Markthofvereinigung veröffentlicht werden soll. Betreffend der nachträglichen Änderung, der geschlossenen Verträge, verweise ich auf die Ausführungen in den Unterlagen. Der Gemeinderat hat sich mit der Markthofvereinigung getroffen. Es ist ein sehr interessanter Austausch gewesen. Da ist, neben dem Thema Littering, auch über die Nutzung der ehemaligen Schulstrasse durch örtliche Vereine der Gemeinde thematisiert worden. Die Markthofvereinigung hat ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass sie eine vermehrte Nutzung und Belebung der ehemaligen Schulstrasse durch örtliche Vereine, sehr begrüessen würde. Da sind wir eigentlich offene Türen eingerannt. Auch hat sie sich sehr aufgeschlossen gezeigt, gegenüber einer Anpassung von ihrem Benutzungsreglement und von der Aufschaltung im Internet. Beides ist mittlerweile passiert. Der Gemeinderat beantragt deshalb das Postulat von der Kontrolle als erledigt abzuschreiben.

Sonja Scherer: Der Zug ist zwar schon lange abgefahren, darum will ich auch nicht viel dazu sagen. Der Markthof ist das Zentrum von unserer Gemeinde. Wir haben unseren einzigen zentralen Begegnungsort privatisieren lassen. Unser Recht auf Versammlungsfreiheit ist extrem beschränkt worden. Öffentlicher Raum ist mit dem übertriebenen dargestellten Argument vom Haftungsrisiko für CHF 32 pro Quadratmeter verkauft worden. Ja, durch das vorhandene Nutzungsrecht ist ein Anlass pro Jahr zugesprochen worden. Externe Gruppe wie NGOs können dann selber schauen, wie sie ihre Genehmigungen bekommen. Wir können es einfach nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wir, die Grüne-Fraktion, hoffen sehr, dass solche Rechte, wie Versammlungsfreiheit, die mit starken öffentlichen Interessen verbunden sind, in der Zukunft mehr Beachtung findet und dem entsprechend bewahrt und geschützt wird.

Marco Erni: Die SP-Fraktion ist grundsätzlich der Haltung, dass gemeindeeigenes Land wenn möglich nicht verkauft wird, damit der Gestaltungsspielraum von der Gemeinde nicht eingeschränkt wird. Es gibt verschiedene Wege, um Win-Win-Situationen zu schaffen, mittels Abgabe im Baurecht, Abschluss von Vereinbarungen zur Gewährung von Rechten oder auch Pflichten. Die Tiefgarage unter der Schulhausstrasse muss ja nicht automatisch Eigentum der Gemeinde sein und dann auch das Risiko tragen, nur weil sie auf der gleichen Parzelle liegt. Land kann man kaum je zurückkaufen. Und die Landpreise steigen konstant, würde mich z.B. wundernehmen zu welchem Preis man das Land Markthof Schild Ost heute verkaufen würde.

Wir wollen langfristig denken und eine attraktive, selbstbestimmte Gemeinde haben. Darum unser Anliegen: Das Steuer nicht aus der Hand geben und kein weiteres Land verkaufen. Und wenn Land verkauft wird, so wie bei der Schulstrasse und beim Markthof Schild Ost, muss dies an klare Bedingungen geknüpft werden, bevor man einen Vertrag abschliesst und eine langfristige Win-Win-Situation für die Gemeinde entstehen. Dass ist natürlich aufwendig und komplex solche Lösungen zu finden. Bei der Schulstrasse hat es tatsächlich 8 Jahre gedauert bis das Reglement öffentlich gemacht worden ist und das Ganze abgeschlossen war. Wir waren zwar nicht für den Verkauf gewesen, aber jetzt wurde wenigstens das Minimalziel erreicht: die Risiken wurden abgewälzt und der Platz bleibt nutzbar im Rahmen welche das Reglement vorgibt. Darum stimmt die SP-Fraktion zu, das Postulat als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Postulat Christian Keller betreffend Publikation der öffentlichen Nutzungsrechte Schulstrasse wird als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6 2016/23 Postulat Anna-Katharina Hess: Bau- und Gestaltungsrichtlinien Dorfzone Tromsberg

Eintreten nicht bestritten

Peter Stucki, Gemeinderat: Mit dem Postulat von Anna-Katharina Hess vom 10. Mai 2016 ist der Gemeinderat aufgefordert worden, die Ausführungsbestimmungen Tromsberg zu überarbeiten. Das Postulat hat, wahrscheinlich im Zusammenhang mit den damals aktuellen Bautätigkeiten auf dem Tromsberg, bemängelt, dass die Praxis von der Auslegung von den alten Bestimmungen geändert habe. Es verlangt, dass die neuen Bestimmungen erlauben sollen, dass waagrechte Flächen erstellt werden dürfen damit Kinder spielen können, dass Durchsicht nicht in das Tal, sondern von der Strasse in Richtung Hausfassade geht und die Bepflanzung von der Häuser-Umgebung weniger reguliert sein soll. Am 6. April 2017 hat der damalige Gemeinderat einen Zwischenbericht zum Postulat am Einwohnerrat vorgelegt. Im letzten Jahr hat der Gemeinderat eine neue Gestaltungsrichtlinie Tromsberg erarbeitet. Dazu sind die Baukommission, die Planungskommission, die Natur- und Heimatschutzkommission, Architekt ETH/SIA Walter Tschudin, ein Ortsbildexperte aus Brugg und die Abteilung Hochbau in unserer Gemeindeverwaltung mit einbezogen worden und viele von den eingegangenen Anregungen, Meinungen und Wünschen sind in die neue Richtlinie eingeflossen, natürlich auch die von der Postulantin. Die neue Gestaltungsrichtlinie beinhaltet jetzt; Präzisierungen, wie z.B. zu künstlich erstellen waagrechten Flächen, neue Wertvorgaben wie z.B. zu Dachneigung und Grösse von Nebenbauten, Anpassungen an den Wortlaut aber auch an den Inhalt von der bestehenden BNO, die Möglichkeit, auch mit modernen Instrumenten, wie Visualisierung von Bauvorhaben, schaffen zu können und einen neuen Namen, wo vergleichbaren Dokumenten in der Gemeinde angepasst worden sind. Wir glauben, mit der überarbeiteten Richtlinie die Wünsche von der Postulantin umgesetzt und dabei die richtige Balance zwischen verpflichtenden Bau-Vorschriften und architektonische und individuelle Freiheiten gefunden zu haben. Damit sollte das gewachsene Dorfbild von unserem Tromsberg erhalten und entwickeln werden können. Der Gemeinderat beantragt den Bericht zu genehmigen und das Postulat abzuschreiben.

Anna-Katharina Hess: Im Namen von den Anwohnern Tromsberg und auch im Namen der Bevölkerung, bedanke ich mich für die Verfassung und Überarbeitung vom Postulat. Wir sind damit so einverstanden. Einfach noch eine kleine Anmerkung, dass wir das wirklich bei allen gleich gehandhabt und nicht wieder Fehler geben wird. Wie dazu mal beim Conrad, beim Bau vom Dach, nicht ganz gestimmt hat von der Bedachung und das so grenzwertig durch gelassen wurde. Besten Dank für das Verfassen, ich bin damit zufrieden.

Peter Stucki, Gemeinderat: Ich möchte zu diesem bemängelten Bau sagen, das wäre heute nicht mehr möglich. Er ist flacher, wie es jetzt in den neuen Bestimmungen ist.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Gemeinderat: Die Neufassung der Gestaltungsrichtlinie Tromsberg wird zur Kenntnis genommen und gleichzeitig wird das Postulat von Anna-Katharina Hess vom 10. Mai 2016 als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben.

Der Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

7 2020/26 Postulat SP-Fraktion: Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)

Eintreten nicht bestritten

Walter Vega, Gemeinderat: Für jeden Mensch und zwar unabhängig von der Nationalität, vom Alter, vom Geschlecht und der Religion, ist eine Flucht aus der gewohnten Umgebung oder sogar aus dem eigenen Land eine Katastrophe. Man ist gezwungen, Verwandte und Freunde zurück zu lassen, ohne zu wissen, wie die eigene Zukunft aussieht. Nicht selten müssen sie das ganze Vermögen abgeben und dann unter unmenschlichen Bedingungen auf die Reise gehen. Wir kennen alle die Bilder von den gestrandeten Booten an den verschiedenen Küsten Europas. Leider ist dann die Reise nicht fertig. Die erschöpften Menschen landen dann in der Regel im Flüchtlingslager und leben da oft unter menschenunwürdigen Bedingungen. Für uns alle sind das unvorstellbare Situationen. Der Gemeinderat und auch ich persönlich sind von den gezeigten Bildern sehr betroffen. Daher kann auch der Gemeinderat sicher ein Stück nachempfinden, warum das Postulat eingereicht worden ist. Auf der anderen Seite ist der Bund für das Flüchtlings- und Asylwesen zuständig. Und hat da auch eine Übersicht über die laufenden Fälle und kann auch durch den Einsatz von Spezialisten gut abschätzen, wo die Not am grössten ist. Auch wenn der Gemeinderat die Tragödie von Moria mit grossem Bedenken mitverfolgt, darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass es viele andere Flüchtlingslager auf dieser Welt gibt, bei denen die Bedingungen nicht besser sind. Zusätzlich kommen bei der Gemeinde immer wieder Gesuche um Unterstützung von Flüchtlingen herein. Und kürzlich ist ein Gesuch vom Schweizerischen Roten Kreuz gekommen um Unterstützung von den Flutopfern im Sudan. Dann möchte ich am Rande zu unseren Asylsuchenden in unserer Gemeinde sagen. Asylsuchende kommen in der Regel vom Bund her und vom Kanton. Der Kanton Aargau hat in jeder Gemeinde ein Kontingent für Asylsuchende zugeteilt. Das sind die sogenannten vorläufig aufgenommenen Ausländer, Status FAS. Die Gemeinde hat da kein Mitspracherecht. Wir können da nicht entscheiden, wie viele Leute kommen, einfach so viel wie das Kontingent ist. Wir können auch nicht entscheiden oder mitreden, wenn es

darum geht, von wo diese Leute kommen. Wir können nicht beeinflussen, was für eine Herkunft das ist. Unsere Gemeinde nimmt in der Regel sogar mehr Asylsuchende auf als vorgegeben und versucht auch über verschiedene Programme die Leute zu integrieren. Zusätzliche Asylsuchende würden unsere Gemeinde noch vor eine weitere Herausforderung stellen, nämlich die geeigneten Wohnungen zu finden, wo wir im vertretbaren Preisniveau wären. Zusammenfassend möchte ich noch einmal betonen, dass es dem Gemeinderat das Schicksal der betroffenen Menschen in Moria auf gar keinen Fall gleichgültig ist. Wir dürfen uns aber nicht vor dem im Hintergrund von der medialen Prominenz einseitig für die Menschen in Lesbos einsetzen. Der Gemeinderat kann nicht beurteilen, ob es Flüchtling gibt, die dringendere Hilfe brauchen. Deshalb beantragt der Gemeinderat das Postulat als nicht erheblich zu deklarieren.

Mia Jenni: Gerne möchte ich vorausschicken, dass sich die SP-Fraktion der humanitären Bemühungen unserer Gemeinde bewusst ist. Das beginnt beim jährlichen entsprechenden Budgetposten und beinhaltet eben auch die Beherbergung von geflüchteten Menschen. Das ist lobenswert und eben auch wichtig. Nichtsdestotrotz möchten wir an unserem Postulat festhalten und ich führe gerne kurz aus warum. Die Situation in Moria: Seit den Bränden Ende letzten Jahres hat sich die Situation der Geflüchteten in Griechenland alles andere als verbessert. Im Gegenteil. Es wurden zwar behelfsmässig Zelte aufgestellt, diese haben aber teilweise keinen Boden und von Heizungen kann man nur träumen. Im harten Winter, der auch in Griechenland Einzug gehalten hat, mussten und müssen die Menschen teilweise in Wasserlachen schlafen. Auch die sonstige Versorgung hat sich nicht verbessert: Der Zugang zu ausreichend Nahrung, Wasser Medizin und auch Bildung für die Kinder ist im besten Fall mangelhaft. Nach wie vor ist das Camp massiv überfüllt: Es könnte 3'000 Personen beherbergen – das Dreifache an Menschen lebt dort. Als Beispiel dafür: Eine Toilette wird jeweils von 60 bis 70 Personen benutzt. Kein Wunder ist Gewalt weit verbreitet und ebenfalls nicht verwunderlich aber himmeltraurig ist, dass immer mehr Kinder bereits suizidale Gedanken äussern oder sich selber verletzen. Und das inmitten von Europa. Dies führt mich zu meinem zweiten Punkt: Natürlich hat der Gemeinderat recht, wenn er sagt, dass es überall auf der Welt humanitäre Krisen gibt und man sich nicht entscheiden könne, wo zu helfen. Aber erstens geschieht dies nicht irgendwo auf der Erde, sondern in Europa und dies schon seit Jahren. Und zweitens kann man dieses Argument nicht einfach jedes Mal bringen, wenn man an einem Ort etwas verändern möchte. Das blockiert alles. Nein, das Postulat rettet die Menschheit nicht und ja, eine Gemeinde kann das auch gar nicht leisten. Aber es ist ein Schritt, ein Zeichen für unsere humanitäre Hilfe und das ist besser als nichts. Es sind baby steps, wie so oft in der Politik. Dies führt mich nun zu meinem dritten Punkt: Der Gemeinderat schreibt in seinem Statement, dass es dem Bund obliegt, wie man auf eine solche Krise reagieren soll. Das ist uns natürlich klar. Darum geht es in diesem Postulat auch nur darum, dass wir uns bereit erklären sechs Geflüchtete aufzunehmen. Wir wären im Aargau damit übrigens in guter Gesellschaft: In Aarau wurde ein ähnliches Postulat überwiesen, Baden, Lenzburg, Windisch, Brugg und Laufenburg haben sich bereit erklärt Menschen aufzunehmen. Es ist also möglich ein Zeichen zu setzen. Und darum bitten wir euch es auch zu tun und das Postulat als erheblich zu erklären, weil ein kleiner Schritt besser ist, als keiner.

Andreas Baumgartner: Die CVP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich. Wir können die im Antrag formulierte Argumentation nachvollziehen. Unbestritten: Moria ist eine humanitäre Katastrophe und wir bedauern dies ausserordentlich. Auch uns gehen diese Bilder sehr nahe. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die Zuständigkeit für das Flüchtlingswesen bei Bund und Kantonen liegt und unsere Gemeinde sich nicht einseitig für Flüchtlinge aus dem Lager Moria bevorzugen soll. Obersiggenthal hat zudem bereits jetzt mehr Flüchtlinge aufgenommen, als wozu die Gemeinde verpflichtet wäre. Die CVP-Fraktion wird mehrheitlich dem Antrag folgen.

Ich möchte aber gerne noch ein persönliches Votum abgeben: Ich finde es sympathisch, dass die Gemeinde Obersiggenthal mehr notleidende Personen aufnimmt als wozu wir verpflichtet sind. Ebenso schätze ich die Bemühungen, dass die Flüchtlinge schnell und bestmöglich integriert werden. Danke dafür. Es ist mir bewusst, dass 6 aufgenommene Flüchtlinge ein Tropfen auf den heissen Stein sind und dass dies auch mit Kosten und Aufwand verbunden ist.

Aber ist es nicht besser 6 Menschen zu helfen, als 6 Menschen nicht zu helfen? Nicht nur mit Blick auf das Flüchtlingselend in den Lagern, sondern auch mit Blick auf die griechischen Inseln und deren dort ansässige Bevölkerung, unterstütze ich das Postulat der SP.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Gemeinderat: Das Postulat sei nicht als erheblich zu erklären.

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen zugestimmt.

8 2021/03 Postulat Peter Marten, FDP: Massnahmenplan Schuldenabbau Einwohnergemeinde Obersiggenthal ab 2025

Eintreten nicht bestritten

Daniel Jenni: Peter Marten verzichtet auf sein Votum. Gibt es sonst jemand der dazu etwas sagen möchte?

Carol Demarmels: Keine Schulden haben ist eine gute Sache, ich glaube da sind wir uns einig. Ein Plan zum Schuldenabbau scheint also nur vernünftig und erstrebenswert - aber halt nicht um jeden Preis. Die Forderung im Postulat bezieht sich ausschliesslich auf die Quantifizierung - also auf die Höhe. Eine Qualifizierung wird nicht benannt. Damit wird als höchstes Ziel der Schuldenabbau im Fokus gestellt, unabhängig von den Folgen. Auch Schuldenabbau muss nachhaltig erfolgen. Ausgaben nicht zu tätigen welche hohe Folgekosten aufweisen, sind weder nachhaltig noch ökonomisch. Zwingen wir den Gemeinderat den Fokus zukünftig ausschliesslich auf einen Schuldenabbau zu richten, so lähmen wir die Gemeinde, eine Entwicklung wird nicht mehr möglich sein.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Gemeinderat: Das Postulat sei als erheblich zu erklären.

Der Antrag mit 31 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

9 2021/04 Motion FDP-Fraktion: Schaffung einer regionalen, überkommunalen Trägerschaft für das HGB Obersiggenthal

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist gerne bereit die Motion entgegen zu nehmen. Die Motion nimmt die Initiative von dem Gemeinderat auf, welche er in der Vorlage über den Erhalt von HGB gestartet hat. Leider hat sich damals die Begeisterung von den Angefragten in der Gemeinde in Grenzen gehalten. Die Anfragen für die Betriebsbeiträge

ge, Ergebnisse, Rückmeldungen haben ein sehr ernüchterndes Resultat gezeigt. Der Gemeinderat kann aber gerne nochmals auf die umliegenden Gemeinden zugehen und sie wegen einer Beteiligung an einer Trägerschaft anfragen. Vielleicht haben die Gemeinden ja mittlerweile umgedacht und zeigen sich solidarisch bei uns einzubringen mit einer Trägerschaft am HGB. Das genaue Ablaufszenario finden Sie bereits in den Unterlagen. Der Gemeinderat möchte einfach noch ergänzen, falls es zur positiven Rückmeldung von andern Gemeinden kommen sollte, dann müssten in das Projekt auch Vertreter aus dem Einwohnerrat eingebunden werden, damit eine gefundene Lösung breit abgestützt wäre.

Christoph Villiger: Ihr konntet dem Wortlaut von unserer Motion lesen: Für die Schaffung überkommunalen Trägerschaft. Ich glaube unsere Gemeinde hat eine Leidenschaft für das Bad. Wir von der FDP-Fraktion sind der Meinung, dass das zeitgemäss wäre eine neue Trägerschaft zu schaffen und zwar eine überregionale, weil das Bad in der ganzen Region genutzt und geschätzt wird. Da damit, wie es auch Bettina Lutz Güttler schon gesagt hat, ist es für uns auch Solidarität eingehen. Da das Bad uns viel Geld kostet, sind wir der Meinung, dass wir das auf breitere Schultern stellen müssten. Wir bitten euch darum dem zu zustimmen.

Ralph Hunziker: Das Anliegen von den Motionären regionale Trägerschaft für das HGB anzustreben ist selbstverständlich wünschenswert. Auch die SP-Fraktion erklärt sich grundsätzlich einverstanden damit, künftige Investitionen und vor allem Defizit auf mehrere Schultern zu verteilen, sprich Gemeinden. Zwei Fragethemen haben uns aber in der Fraktion durch die Diskussion begleitet. Erstens ist das Anliegen prüfenswert und ist das Motionsziel realistisch? Zweitens ist der Weg von der Motion der Richtige? Klar das Anliegen ist prüfenswert. Betriebsdefizit und zukünftige Investitionen zu verteilen und auszulagern ist aus Obersiggenthaler Sicht natürlich sinnvoll. Präziser müsste eigentlich die Frage lauten, wollen wir es nochmals prüfen? Denn mehrere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben in den vergangenen Jahren diese Frage schon geklärt. Aus verschiedenen Parteien wurde das schon gemacht. Rechts, über Mitte, nach Links. Jedes Mal war die Antwort gleich. Eine Teilfinanzierung wurde angefragt, leider negativ beantwortet. Die Resonanz ist also in der Region eher ernüchternd und Bereitschaft nicht vorhanden. In Zeiten, wo auch das Kurtheater Baden von der Region fast keine finanzielle Unterstützung mehr bekommt, ist das nicht verwunderlich. Die Realisierung der Motion ist aus denen Punkten für uns wenig plausibel. Das kann auch im Antwortschreiben vom Gemeinderat auf die eingereichte Motion entnehmen, wenn man das so zwischen den Zeilen liest. Fazit für uns; prüfenswert ja, realistisch nein. Wir möchten aber keine Vogelstraussspolitik betreiben und den Kopf in den Sand stecken. Wir möchten auch einen Beitrag zu der finanziellen Lage von unserer Gemeindefinanzen leisten. Und da daraus hat sich wie eine zweite Frage gebildet bei uns in der Fraktion-Diskussion. Ist der Weg von der Motion richtig? Das enge Korsett von einer Motion also eine klare aber eher einen starren Auftrag an den Gemeinderat, schränkt eigentlich den Handlungsspielraum für ihn, ein Stück weit ein. Er macht dann auch bei den bereitwilligen Gemeinden Untersiggenthal aber auch Ehrendingen, er bringt ihn in eine ungünstige Verhandlungsposition. Bis die Motion nämlich in Kraft treten würde, würden mehrere Jahre nämlich vergehen. Und die bisherigen provisorischen Zusagen für das Betriebsdefizit wären wie obsolet. Die SP-Fraktion möchte deshalb die Motionäre dazu anregen ihre Motion in ein Postulat umzuwandeln. In ein Postulat, welches aufzeigt, welche Abklärungen schon getroffen worden sind in der Vergangenheit. In ein Postulat, welches eine Art Bereitschaftslandkarte von der Region aufzeigt, wer hat überhaupt Interesse, wer ist überhaupt dabei. Und ein Postulat, welches eine Übersicht von Rechtsformen für solch eine Trägerschaft darlegt mit Vor- und Nachteil. Das wäre ein offenerer Weg, von welchem wir auch darauf konkretere Schritte ableiten können. Zu solch einem Postulat, die SP-Fraktion Hand bieten. Das kann natürlich nur der Motionär verändern. Ein Motionsantrag, so wie er hier ist, lehnt die SP-Fraktion ab oder erklärt sie für nicht erheblich.

Urs Müller: Der Gemeinderat war schon in dieser Sache aktiv und ist auf die umliegenden Gemeinden zugegangen. Es ist unserer Ansicht nach nicht sinnvoll, dass wir jetzt nach der Abstimmung, das noch Mal macht. Es werden sich kaum Gemeinden finden, die das jetzt mitmachen. Die Motion hat eine gewisse Aktualität von der Abstimmung gehabt. Ich denke darum ist sie auch lanciert worden. Wir lesen hier z.B. zum Schluss „Ohne eine breite Trägerschaft weitere Investition sinnvoll sind“. Jetzt aber, hat der Souverän ja gesagt und die Investi-

tionen kommen. Es ist darum wahrscheinlich zielführender ein Postulat zu machen. Wie das vorher gehende Postulat betreffend Schuldenabbau, welches wir unterstützen. In diesem Rahmen möchten wir den Gemeinderat dazu auffordern, möglichst breit zu denken. Und dann könnt ihr das mit der Trägerschaft nochmal einbringen. Aber eben auch weitere Sachen bis hin zur Fusion, mal Überlegungen zu machen. Wir erklären die Motion nicht als erheblich.

Christoph Villiger: Uns geht es darum, mehr eine aktualisierte überregionale Trägerschaft haben für ein Bad, welches auch regional genutzt und getragen wird. Ich denke, dass wir einen legitimen Anspruch haben, auch wenn wir den Franken zweimal drehen müssen und es ist auch ein Akt von Solidarität von den anderen Gemeinden. Wir sehen da keinen Widerspruch.

Lukas Füglistner: Ich persönlich unterstütze die Motion. Und zwar aus einem Grund. Wir haben die Abstimmung gehabt. Der Souverän hat ja gesagt, bevor der Entscheid gefällt worden ist, würde ich als Gemeinde vorsichtig sein, mit irgendwelchen Zusagen. Jetzt hat die Gemeinde Obersiggenthal die Zusage gemacht, das Bad soll erhalten werden. Jetzt ist der Zeitpunkt auf die Gemeinden zuzugehen.

Peter Marten: Ich sehe es genau gleich wie der Lukas Füglistner. Es ist eine andere Situation gewesen, als die Gemeinde erstmals gefragt hat. Es war eine Unsicherheit, wie sich die Gemeinde Obersiggenthal effektiv entscheiden wird. Der Entscheid ist da. Ich denke, es wäre jetzt fatal, schon vornherein zu sagen, ja wir haben mal gefragt und es ist nicht so bescheiden gewesen und eigentlich machen wir jetzt nichts. Für das hätte ich jetzt kein Verständnis, wenn wir die Frage nicht nochmals stellen würden.

Christoph Villiger: Es geht nicht darum, dass die umliegenden Gemeinden nicht mitfinanzieren würden, sondern es geht darum, dass sie auch das Mitspracherecht bekommen. Es ist ja legitim, wie man das in der Vergangenheit diskutiert hat und jetzt hat man nochmals die Situation, die man von vorne anschauen kann.

Ralph Hunziker: Ich habe echt Sympathie für das Anliegen. Persönlich sehe ich wirklich den Weg, als falsch an. Mit der Motion können wir den Text gar nicht anpassen, der ist klar formuliert. Vielleicht kann jemand aus dem Gemeinderat Stellung dazu nehmen, wie die Verhandlungen bisher geführt worden sind oder in Zukunft mit dem Betriebsdefizit bei den umliegenden Gemeinden allenfalls schon ein Thema gewesen ist. Dieser Spielraum fällt weg, weil keine Gemeinde diese Verhandlungen weiterführen möchte. Wenn jetzt noch eine Motion obendrauf kommt, ich finde auch ein Stück weit ist es eine Übung für den Gemeinderat nochmals auf die umliegenden Gemeinden einzugehen und sie nochmals anzufragen. Das hat man ja bereits gemacht. Die Frage ist, was ihr wirklich erwartet. Erwartet ihr, dass eine Trägerschaft realistisch ist, das sehe ich persönlich nicht. Kommunal geht es darum das Betriebsdefizit zu minimieren, mit den Beiträgen. Die Verhandlung ist, soweit ich weiss, schon im Gange. In Form vom Postulat wäre es eine Auslegeordnung. Ich habe lieber den Spatz in der Hand, sprich die Beiträge an das Defizit, als die Taube auf dem Dach, allenfalls eine unrealistische Trägerschaft.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es geht eigentlich primär um die Differenz zwischen einem Postulat und einer Motion. Eine Motion ist ein klar formulierter Auftrag an den Gemeinderat. Mit dieser Motion werden wir gezwungen, Gemeinden anzufragen nach Beteiligung am Eigentum. Es gibt nicht einen Handlungsspielraum nur für Beteiligung am Betriebsdefizit anzufragen. Mit einem Postulat hätten wir den Verhandlungsspielraum. Denn dass sich andere Gemeinden am Eigentum in unserer Gemeinde beteiligen, kann man anfragen, kann man aushandeln, kann man Modell dafür bauen, aber die Wahrscheinlichkeit ist gering. Denn ich wüsste nicht, dass irgendeine Gemeinde jemals an einem Eigentum aus einer anderen Gemeinde beteiligte. Ich stelle mir auch vor, dass ich eine Wasserpumpe ersetze. Was das für einen Auflauf gibt mit verschiedenen Gemeinden gibt, bis solch ein Kreditantrag bewilligt worden ist. Es gibt Modelle im Aargau, wonach der Besitzer vom Schwimmbad mit anderen Gemeinden, Gemeindeverträge abgeschlossen hat und ihren Einwohnern verbilligte Eintritte gewähren und diese sich wiederum am jährlichen Betriebsdefizit beteiligen. Wir haben im Vorfeld an der

Einwohnerratssitzung im September, die umliegenden Gemeinden nur für eine Beteiligung am Betriebsdefizit angefragt. Wegen der hängenden Motion, haben wir das nach der Volksabstimmung nicht weiter verfolgt, weil wir nicht gewusst haben, was wir machen sollen. Aber natürlich steht im Vordergrund die Gemeinde Untersiggenthal, welche uns auch stark braucht. Wir hätten uns gerne mit ihnen ernsthaft auseinandergesetzt und auch die Stärken, die wir haben. Sie brauchen unser Wasser für ihre Schule in die Waagschale geworfen, dass sie nicht nur den Schulunterricht zahlen, sondern sich auch im jährlichen Betriebsdefizit beteiligen. Der Handlungsspielraum ist mit dieser Motion nicht gegeben. Darum wäre die Frage, ob es ein Postulat geben kann, in welchem wir wenigstens ein wenig herausholen können und nicht das Grosse verlangt wird und wir mit grosser Wahrscheinlichkeit scheitern werden. Mir wäre wohl, wenn wir das Betriebsdefizit all Jahr um eine sechsstellige Summe reduzieren könnten.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag SP-Fraktion: Antrag auf 5 Min. Unterbrechung für die Absprache in den Parteien.

Der Ordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

Christoph Villiger: Wir haben das in der Fraktion besprochen und wir sind interessiert eine Lösung für unsere Gemeinde zu finden. Wir sind aus diesem Grund bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Erwarten aber natürlich eine gleiche fundierte Analyse von unserem Anliegen.

Abstimmung

Antrag FDP-Fraktion: Schaffung einer überregionalen, überkommunalen Trägerschaft für das HGB Obersiggenthal

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Daniel Jenni: Das Postulat wird dem Gemeinderat überwiesen.

10 2021/06 Umfrage

Denise Hunziker: Das Thema Abfall in der Gemeinde. Der liegengelassene Abfall hat bei uns in der Gemeinde in der letzten Zeit massiv zugenommen. Zu beobachten vor allem an den Begegnungsplätzen, Schulhäusern aber auch an der Entsorgungsstation im Markthof. Mit Beginn von der wärmeren Jahreszeit, wird das sicherlich zunehmen. An den meisten Plätzen kann sicher nicht viel gemacht werden gegen Littering. Öffentliche Abfalleimer sind dort vorhanden aber das nützt nur mässig. Anders erlebe ich es an der Entsorgungsstation im Markthof. Dort erachte ich Unwissenheit als Verursacher von den Abfällen. Die Bewohner von der Gemeinde zeigen sich gewillt zu entsorgen und zu recyceln. Das sieht man daran, dass das zu entsorgende Gut neben der naheliegendsten Säule abgelegt wird und nicht in den öffentlichen Abfalleimern entsorgt wird. Einen entscheidenden Faktor für die Unwissenheit ist sicher-

lich, dass der kommunale Entsorgungskalender nur in der Rundschau eingelegt an die Haushalte verteilt wird. Junge, Zugezogene, fremdsprachige Personen, diese lesen oft die Rundschau nicht. Die Rundschau wird ungeöffnet entsorgt. Das veranlasst mich, mit dem Gemeinderat aber auch dem Einwohnerrat, die vom Kanton verfügte Wanderausstellung Abfall ist wertvoll. Dabei handelt es sich um 10 grosse wetterfeste Infotafeln über die Auswirkungen von falsch entsorgten Abfällen im Recyclingprozess. Die Ausstellung kann bei der Abteilung Umwelt vom Kanton gratis bezogen werden. Auf der Fläche von der ehemaligen Entsorgungsstation hat die Gemeinde einen idealen Standort für die Ausstellung, direkt neben dem aktuellen Entsorgungsplatz. Eine sinnvolle Ergänzung zu dieser Ausstellung ist sicher ein zusätzliches Plakat von unserem Entsorgungskalender im Grossformat. Die Ausstellung ist für mich eine gute Möglichkeit am Abfallproblem mit minimen Kosten und Personalaufwand entgegen zu wirken. Falls der Gemeinderat Interesse dabei hat, bin ich gerne bereit den Kontakt vom Kanton weiter zu geben, bei welchem diese Ausstellung bezogen werden kann.

Friedrich Wollmann: Ich habe eine Anfrage. Mir ist im Zusammenhang mit dem Postulat von Anna-Katharina Hess in den Sinn gekommen, dass die Gemeinde offensichtlich ein Auge darauf hat, wie es um die Bepflanzung von Privatgrundstücken bestellt ist. Wir haben im Sternenstrasse-Quartier absolute Prachtexemplare von Tannen. Sie haben schon die zweieinhalbfache Höhe vom Wohnhaus von Frau U. Spinnler erreicht. Wir haben jetzt gesehen, was im Wald so passiert ist, wegen der Schneelast. Das haben die Tannen zum Glück überstanden. Die wachsen aber jährlich und zwar deutlich. Sie sind auch sehr frei in einer Windschneise. Die Nachbarschaft fürchtet langsam um die Gesundheit der Passanten und um ihre Häuser. Ich schätze die Tannen auf ca. 30 Meter. Die sind so, wie ich es erfahren habe, Christbaumformat gewesen, aber dies hat sie nicht davon abgehalten in solche Dimensionen zu wachsen. Meine Anfrage besteht darin; hat eine Instanz von der Gemeinde Einfluss darauf, dass diese Bäume entfernt werden müssen. Dazumal als eine Anwohnerin auf ihrem Grundstück die Tannen entfernen liess, hat sie der betroffenen Person mit dem Baum auf ihrem Grundstück gratis angeboten, den Grössten entfernen zu lassen. Sie ist leider nicht darauf eingegangen.

Peter Stucki, Gemeinderat: Diese Frage trifft mich unvorbereitet. Ich weiss es nicht, muss es abklären. Ich gebe gerne das nächste Mal Bescheid. Du bekommst dann eine Antwort von mir.

Lukas Füglistler: Es ist ein Postulat vom 28. November 2019 betreffend Bedarfserklärung Littering hängig, von welchem der Einwohnerrat noch keine Vorlage erhalten hat. Es nimmt mich wunder wie weit das Postulat ist?

Dann nimmt mich der Stand vom Parkraumkonzept von der kommunalen Gesamtplan Verkehr wunder. Da war vor einem Jahr. Das Gremium hat darüber befunden, es ist noch nichts in die Verkehrskommission eingegangen.

Ich habe noch eine Frage zu den Masken an den Schulen. Hat der Kanton verfügt, dass die Gemeinden, die Masken selber organisieren und selber bezahlen müssen. Linus Egger hat mir gesagt, dass der Gemeinderat einen Brief an den Kanton geschrieben hat. Gab es bereits eine Antwort?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Das Postulat Littering ist effektiv immer noch pendent. Gewisse Abklärungen wurden getroffen. Wir haben Gespräche geführt mit der Markthofvereinigung. Wir haben es thematisiert mit der Polizei. Wir werden das aber erst zur Erledigung bringen mit einem Bericht abschliessen, wenn die Gemeinde das Projekt betreffend Videoüberwachung abschliesst. Das ist am Laufen. Es muss auch ein Datenschutzreglement, welches abdeckt, entwickelt werden. Wir sind dran.

Das kommunale Gesamtverkehrskonzept und das Parkkonzept, das ist in der Abschliessung. Das wird das erste Mal im April dem Gemeinderat vorgelegt, dann kommt es in die Verkehrs- und Planungskommission und es ist geplant im September an den Einwohnerrat zu kommen, zusammen mit dem Kredit für die Umsetzung von dem Parkraumkonzept.

Linus Egger, Vizeammann: Der Brief ist in Aarau, beim Departement von Alex Hürzeler. Sie antworten nicht innerhalb von 14 Tagen, sondern sie müssen das zuerst beraten. Ihr habt das in der Presse entnommen, wir haben einen weiteren Brief nach Aarau gesendet und sobald,

der Gemeinderat eine Antwort erhält, wird dies in der Presse oder im Einwohnerrat kommuniziert.

André Kummer: Ich habe noch Fragen zu der Kita Goldiland. In der schwierigen Corona Zeit wurde zeitweise vom Bundesrat, Kanton Lockdown oder Teillockdown verhängt. Meines Wissens, hatte/musste die Kita Goldiland aufrechterhalten/offen bleiben um für Eltern, die beide berufstätig sind und keine Ersatzbetreuung für die Kinder hatten. Da gab es Tage, an denen nur 1 Kind betreut wurde. Mit den anscheinend doch vielen Eltern oder eine Person davon, welche seit fast einem Jahr Homeoffice arbeiten und dies wohl auch noch die nächsten Monate tun werden und dadurch ihre Kinder nebenbei selbst betreuen, ist die Kita massiv nicht ausgelastet. Fragen: Hat die Gemeinde beim Bund oder Kanton für Entschädigungen angefragt? Wie gedenkt der Gemeinderat/Kitaverantwortlichen die Kita in Zukunft wieder möglichst voll auszulasten? Kann man schon einen Franken Betrag nennen, aufgrund des Eingangs erläuterten Fakten wie hoch der Ausfall an Einnahmen ist, welche wir Steuerzahler wieder berappen müssen?

Walter Vega, Gemeinderat: Gerne nehme ich zu diesen Ausführungen und Fragen, Stellung. Es ist korrekt, dass viele systemrelevante Unternehmen während dem Lockdown geöffnet waren. Dazu gehören auch die Kita Goldiland. Hintergedanken ist, dass für die Eltern aber auch als Alleinerziehende, welche vermutlich auch in einem systemrelevanten Unternehmen tätig sind, die Kinderbetreuung sichergestellt ist. Wie für die meisten Unternehmen ist es auch für die Kita Goldiland eine herausfordernde Zeit. Ich kann aber bereits an dieser Stelle betonen, dass die Mitarbeitenden aber auch die Leitung vom Kinderhaus Goldiland, die Zeit gut meistern. Die Aussage, dass zeitweise nur 1 Kind betreut wurde, erstaunt mich sehr. Es würde mich wundernehmen, aus welcher Quelle diese Aussage kommt. Auch die Aussage, dass die Kita nicht massiv ausgelastet ist, ist mir neu. Ich weiss, dass im März 2020, so im Schnitt zwischen 11 bis 15 Kinder in der Krippe gewesen sind. Klar, das ist nicht die Auslastung, welche sonst da ist aber wir sind weit davon entfernt, zu sagen sie ist überhaupt nicht ausgelastet. Ab Mai 2020 sind dann die Zahlen langsam angestiegen. Natürlich hat man eine gewisse Abnahme von den Betreuungstagen festgestellt und so lange die Pandemie dauert, ist eine exakte Prognose schwierig. Bevor ich noch zu den konkreten Fragen komme, möchte ich nochmals aufzeigen wie die Zusammenarbeit zwischen der Kita Goldiland und der Gemeinde funktioniert. Diese Zusammenarbeit gilt auch für die anderen Kitas. Für einige von euch ist der Mechanismus bekannt. Das Kinderhaus Goldiland ist ein privater Verein. Und trägt durch das auch das unternehmerische Risiko. Das Kinderhaus Goldiland bekommt keine direkten Subventionen von der Gemeinde. Das wär nämlich sonst die sogenannte Objektfinanzierung. Wir haben aber eine Subjektfinanzierung und das heisst, die Eltern bekommen Subventionen und nicht direkt die Kitas. Oder anders ausgedrückt, gehen wir mal davon aus, dass kein einziges Kind im Goldiland betreut wird. Dann zahlt die Gemeinde auch keine Beiträge. Die Gemeinde Obersiggenthal zahlt dann vielleicht Kindern von Obersiggenthal für die Kita in Wettingen, Baden. Aber da bei uns, würden sie nicht zahlen. Das ist aber nicht das Ziel von der Sache, dass wir eine leere Kita haben, selbstverständlich. Weil wir haben auch einen gesetzlichen Auftrag, das Kinderbetreuungsgesetz. Wir sind verpflichtet, Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Dazu kommt noch, dass das Kinderhaus Goldiland in einer Liegenschaft der Gemeinde eingemietet ist. Da besteht natürlich das Interesse, dass man eine vernünftige Auslastung hat. Denn so ist sichergestellt, dass die Mieten bezahlt werden. Durch die Mieten decken wir die Abschreibung und sogar ein wenig mehr. Und jetzt noch kurz zu den Fragen. Die Gemeinde, speziell ich, weil es mein Ressort ist, bin ständig mit der Kita in Kontakt um zu erfahren wie sich die Pandemie auf den Betrieb auswirkt. Eine Anfrage an den Kanton oder an den Bund ist aber nicht durch die Gemeinde passiert. Das haben die Kitas, mit der Unterstützung vom Krippenpool, selbständig gemacht. Jetzt was ist mit dem ganzen Geld passiert, welches vom Kanton und dem Bund gekommen ist? Da möchte ich ganz kurz ausholen. Am Anfang vom Lockdown haben die Kitas, den Eltern empfohlen, die Beträge zu zahlen, obwohl ihre Kinder nicht betreut worden sind. Und es war eine unvorstellbare Solidarität da. Die meisten Eltern haben trotzdem einbezahlt, obwohl sie ihre Kinder gar nicht betreut haben liessen. Und das hat häufig den Kitas geholfen, die Zeit zu überstehen, weil sie doch eine gewisse Liquidität hatten. Der Bund aber auch der Kanton haben dann entschieden, dass es den Eltern zurück erstattet wird. Genau für das, wurde das Geld eingesetzt. Der Gemeinderat mischt sich

nicht in operative und strategische Themen von der Kita Goldiland ein. Das machen dort die Leitung und der Vorstand. Sie ergreifen Massnahmen, erstellen Strategien und sie fällen Entscheidungen. Wie schon gesagt, die Betreuungstage sind wieder angestiegen. Aber eine volle Auslastung ist generell nicht realistisch. Eine Kita die voll ausgelastet ist, gibt es auch in normalen Zeiten nicht. Es ist häufig abhängig von den Modulen, z.B. die Mittagsbetreuung, die sehr gut ausgelastet ist. Vielleicht ist dafür das Frühnachmittagsmodul nicht ganz so gut ausgelastet. Was heisst das für die Steuerzahler, dass der Steuerzahler nun zahlen muss? Ganz klar nein. Eventuell hat der Steuerzahler sogar weniger bezahlt, eben durch die Subjektfinanzierung und nicht ganz ausgelastet waren. Es kann sein, dass es sogar in diesem Fall weniger gewesen ist. Aber ganz sicher nicht mehr. Ich hoffe, dass ich die Fragen beantworten konnte. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Daniel Gadiant: Ich hatte drei Fragen eingereicht. Zwei davon wurden mehr oder weniger beantwortet bei den Mitteilungen. Jetzt wäre noch die Frage offen, wegen dem Porto für die Gebührenmarken. Ich habe von verschiedenen Bürgerinnen vernommen, dass das Porto für die Gebührenmarken in Rechnung gestellt wird. Eine Abholung von den Marken in der Verwaltung ist nicht erwünscht. Wie steht der Gemeinderat dazu, dass die Bürgerinnen gezwungen werden, das Porto zu bezahlen?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Grund warum, dass die Gemeinde für den Versand von den Marken Porto verlangt, liegt daran, dass vor dem Lockdown während gut einem Monat bereits der Bezug dieser Marken möglich gewesen ist. Publiziert worden ist diese Möglichkeit vom Kauf von diesen Marken für das Jahr 2021, am 10. Dezember 2020. Der Lockdown ist am 18. Januar 2021 gewesen. Aufgrund von der Berichterstattung in der Presse in Zusammenhang mit Corona und aufgrund von den Erfahrungen vom letzten März hat man damit gerechnet, dass es wiederum zu einer Schliessung von der Verwaltung kommt. Der Lockdown war dementsprechend nicht überraschend. Erstaunlich haben wir auch bevor die Türen geschlossen worden sind, einen vermehrten Besuch auszuweisen gehabt. Der Leiter von den Einwohnerdiensten hat den postalischen Versand von den Grüngut- und Kehrriechtmarken im Zeitraum zwischen dem 18. Januar 2021 und dem 28. Februar 2021 ausgewertet. Insgesamt sind 460 Bestellungen eingegangen. Die Bestellungen haben einen Gesamtwarenwert von CHF 56'515 gehabt. Und für diesen Betrag sind insgesamt Portokosten CHF 1'640 angefallen. Diese Kosten sind klar deklariert gewesen. Jetzt kann man sich noch fragen, warum der Versand eingeschrieben passiert ist. Der Wert von den Gebührenmarken beträgt je nach Art und Menge rasch mehrere hundert Franken. Ich habe aufgeführt, welchen Gesamtwarenwert wir versendet haben. Jetzt ist es tatsächlich so, dass ein Einwohner sich gemeldet hat und behauptet hat, die Gebührenmarken sind nicht zugestellt worden. Wir haben dann diese Anfrage nach einer erneuten Zustellung sehr gut kontern können, weil wir natürlich den Zustellnachweis hatten.

Daniel Gadiant: Es geht mir auch nicht um die, die gesagt haben, schicken sie es mir zu, sondern es geht um die, die gesagt haben, kann ich es holen kommen. Und das obwohl die Verwaltung im 2. Lockdown offen geblieben ist und vom Personal abgewimmelt worden sind.

Bettin Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es ist insofern ein Widerspruch, wenn man sagt, Ihr müsst die Gebührenmarken online oder per Telefon oder per E-Mail bestellen und man diese dann herein lässt, damit sie die Gebührenmarken holen und bezahlen können. Und das ist eigentlich der Hintergrund. Es ist uns auch um den Schutz von unseren Mitarbeitern gegangen und auch um den Schutz von der Bevölkerung.

Anna-Katharina Hess: Ich habe noch drei kurze Fragen, welche von der Bevölkerung sind. Das einte ist mit dem Einreichen von Baugesuchen. Ist das Ziel, dass man diese einmal online einreichen kann? Das Formular kann man herunterladen aber online einreichen geht noch nicht. Wie ist dort der Stand? Ich weiss, dass es vom Kanton Pilotphasen von verschiedenen Gemeinden gibt, wie Tegerfelden und Endingen, die haben das.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Konkret sind wir im Pilot nicht dabei. Absehbar ist das für uns auch nicht. Wir nehmen aber teil in der Arbeitsgruppe vom Kanton, wo sich um den

elektronischen Geschäftsverkehr kümmert zwischen den Bürgern und der Verwaltung. Da haben wir einen Vertreter in der Arbeitsgruppe und wir sind da informiert und aktuell konkret ist kein Projekt geplant, dass wir Baugesuche online einreichen kann.

Anna-Katharina Hess: Bei der Hertensteinstrasse ist der Brunnen abgestellt während der Bauphase. Die Anwohner von Hertenstein haben mich gefragt, ob ich die Frage stellen kann, während der Bauphase ein Provisorium aufzustellen? Vor allem auch für die Schüler, welche einen langen Weg nach oben haben, gerade bei den heissen Sommermonaten Wasser trinken können, gerade weil der Brunnen ja nicht läuft.

Peter Stucki, Gemeinderat: Vom Hertenstein weiss ich nicht. Ich habe die Anfrage verstanden, es gehe um Tromsberg, aber das ist wo anders. Von der Hertensteinstrasse wüsste ich es nicht, kann es mir aber nicht beim besten Willen vorstellen. Weil es relativ aufwändig wäre. Da ist eine Baustelle, dort wird gearbeitet. Da hat ein Brunnen eine sehr geringe Priorität. Sicherheit für die Fussgänger für den Langsamverkehr und Autos sind deutlich höher. Der Brunnen ist abgestellt und ich kann mir nicht vorstellen, dass das irgendwann einmal geplant wäre.

Anna-Katharina Hess: Wegen den Brunnen im Tromsberg, die sind seit dem letzten Frühling/Sommer abgestellt und auch über den Winter durch. Und wir haben ja eigentlich recht viel Niederschlag gehabt im Winter und sie laufen immer noch nicht. Es heisst, die Quellen haben zu wenig Wasser, dass wir, sie wieder laufen lassen können. Es hat auch sehr viel Spaziergänger dort und während dem ganzen Coronajahr mehr in die Natur zu gehen. Viele Spaziergänger haben gefragt, warum die Brunnen nicht laufen und was man machen kann, dass diese wieder laufen können.

Peter Stucki, Gemeinderat: Der untere Brunnen ist voll, der läuft wieder. Aber es ist richtig die beiden sind nicht am Versorgungsnetz angeschlossen. Das heisst, wenn sie leer sind laufen sie nicht. Dank der Schneemasse und den Niederschlägen nimmt der Quellentrag zu aber es ist noch zu wenig für den Oberen. Wir gehen auch nicht davon aus, dass sich dieser Zustand in den nächsten Jahren verbessert. Es ist schon überlegt worden, ob man sie nicht an das öffentliche, normale Versorgungsnetz anschliessen soll. Das wäre für den unteren Brunnen mit einem geringen Aufwand machbar aber für den Oberen wäre es sehr aufwendig. Und dort müssen Überlegungen gemacht und Entscheidungen getroffen werden, ob man diesen Aufwand betreiben möchte.

Ursula Spinnler: Ich habe zwei Fragen. Hat sich Gemeinde an der Werbung, ich meine damit, das Ja-Plakat, für die Sanierung HGB finanziell beteiligt? Wenn ja, mit welchem Betrag? Und die zweite Frage, wie ist der Stand vom Projekt Oederlin?

Peter Stucki, Gemeinderat: Die Gemeinde hat den Betrieb von HGB an eine Genossenschaft übertragen, welche selbständig funktioniert. Die haben eine Spendensammlung durchgeführt und hat sich als Genossenschaft in einem geringen Ausmass an dem Abstimmungskampf beteiligt. Die Gemeinde hat sich mit gar nichts am Abstimmungskampf beteiligt.

Bettin Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die Frage nach dem Stand vom Projekt Oederlin. Ich wäre froh, wenn es schon ein Projekt wäre. Es ist leider so, dass zuerst noch sehr viel Planungsarbeiten gemacht werden müssen. Zwar stehen wir vor der Situation wir müssen eine Teilrevision der BNO vornehmen, damit wir dort etwas Vernünftiges hinstellen können. Dann braucht es anschliessend noch Gestaltungs- und Erschliessungspläne. Solch eine Revision und Pläne in einem bestimmten Areal müssen in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden und dass die privaten Interesse vom Grundeigentümer auf der einen Seite aber auch die öffentlichen Interesse von der Gemeinde auf der anderen Seite in die Planungen einfliessen kann und Berücksichtigung finden. Aktuell sind wir im Gespräch mit der Firma Oederlin über das weitere Vorgehen wie der Planungsprozess weiter betrieben werden soll.

Marcel Müller: Ich habe im Vorfeld die Anfrage eingereicht. Man konnte lesen, dass Obersigenthal die höchsten Strompreise im ganzen Bezirk Baden hat. Ich weiss das ist eigentlich eine EGS Geschichte aber nichts desto trotz sollte es im Interesse der Gemeinde sein, nicht zu-

oberst zu stehen und die teuersten sind, was Strompreise betrifft. Gibt es einen Grund warum wir die höchsten Strompreise haben im Bezirk Baden oder gibt es verschiedene Gründe? Kann da jemand Auskunft geben dazu?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat diesen Artikel auch gesehen und wir sind überhaupt nicht so erfreut gewesen, wo wir das gesehen haben. Jetzt zu deiner Frage Preisgestaltung ist für uns nicht zu beantworten. Die EGS ist eine eigene Genossenschaft und ich denke die Frage kann man bei der Genossenschaft selber platzieren. Es ist jetzt aber so, dass die Gemeinde in der kommenden Woche sowieso ohne hin schon Kontakt aufnehmen wird zur EGS aus verschiedenen Gründen, z.B. würden wir mal gerne den neuen Geschäftsführer kennen lernen und dann haben wir noch verschiedene andere Punkte, die wir gerne ansprechen möchten. Einer davon ist auch der Preisvergleich.

Daniel Jenni: Gibt es sonst noch Fragen? Wenn das nicht der Fall ist, danke ich allen für das Kommen in der Coronazeit, es sind sehr viele gewesen. Wir konnten ein paar Sachen abschliessen. Wir beenden die Sitzung um 21.21 Uhr. Vielen Dank.

Der Präsident:

Daniel Jenni

Die Protokollführerin:

Romana Hächler